

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, 6 Spalten für Arbeiterlöhne 75 M. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17, Sonntag bei Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Ausweisige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 7.

Duisburg, den 17. Februar 1917.

18. Jahrgang.

## Die Internationale als Friedensfaktor?

Trotz des kläglichen Platos, das die sozialistische Internationale bei Kriegsausbruch erlitten hat, herrschte in der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung vor, die sozialistische Internationale habe die Kraft, den Weltfrieden wieder aufzurichten. Diese Hoffnung keimte in besonders starkem Maße auf, als der Vierbünd am 12. Dezember 1916 den feindlichen Mächten den Vorschlag machte, alsbald in Friedensunterhandlungen einzutreten. Diese Friedensbereitschaft Deutschlands und seiner Verbündeten glaubt die deutsche Sozialdemokratie zu einem guten Teile auf ihre Wirksamkeit zurückzuführen zu dürfen. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands und ihre politische Vertretung darf sich ein gut Teil des Verdienstes daran zuschreiben, daß die deutsche Regierung am 12. Dezember öffentlich vor den Augen und Ohren der ganzen Welt, den Frieden anzubahnen versucht hat. So schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“, das Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Nummer 4—1917. In einer am 17. Dezember 1916 in Köln stattgefundenen Versammlung hat der sozialdemokratische Parteiführer Scheidemann nach einem Bericht der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 1282—1916) u. a. gesagt: „Wir Sozialdemokraten sehen mit besonderem Eifer darin (im Friedensangebot der Mittelmächte, D. S.) das Werk geleistet, an dem wir seit Kriegsausbruch gearbeitet haben. Nach dem „Vorwärts“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Nr. 343—1916) hat Scheidemann in einer Versammlung in Chemnitz hervorgehoben, das Friedensangebot erfolgte mit Stolz, weil der Einfluß der deutschen Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie an diesem Ergebnis mitgewirkt habe. Scheidemann, — so sagt der Bericht, — richtete einen dringenden Appell an die Sozialisten der anderen Länder, sie mögen mit den deutschen Arbeitern gemeinsam arbeiten, um den Krieg zum Abschluß zu bringen. Von dem angeführten Einfluß der deutschen Sozialdemokratie auf die Friedensbereitschaft unserer Regierung und von den Hoffnungen, die auf die Wirksamkeit der Sozialisten in den feindlichen Ländern gesetzt werden, geben noch folgende Pressedrucke Kunde. Die sozialdemokratische „Bolschewik“ in Breslau schreibt:

Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre Pflicht getan. ... Aus, Ihr Brüder im feindlichen Ausland, jetzt seid Ihr an der Reihe, mit Eurer Pflicht bei Euren Regierungen, in Eurem Lande, damit der Stern Weltfriedens in neun Tagen über den Häuten Europas scheitern überbeweisungsvoll hoffnungsvoll schreibt der „Abeder Bolschewik“:

Wir können es nicht glauben, daß sie (die feindlichen Staatsmänner) ein solches Verbrechen an der Menschheit begehen und dadurch weitere unerhörte Blutschuld auf sich laden werden. Sollen wir uns aber täuschen, dann dürfte das deutsche Friedensangebot in den gegnerischen Ländern die Friedensbewegung berart stärken, daß die gekrönten und angekrönten Verbrecher an der Menschheit von dem Sturmbau des Friedenswillens hinweggefegt werden.

Wie weit diese Hoffnungen auf die Internationale“ weite Kreise der deutschen Sozialdemokratie erfüllt, sagt recht interessant der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Leusch im „Vorwärts“. Er schreibt u. a.:

Freilich gibt es in der deutschen Sozialdemokratie immer noch Kreise, die nur ein Bild gelten lassen, das lediglich in ihrer verschwommenen und sentimental-phantastischen Existenz besteht. Sie sind schon am Werk, den kommenden Frieden als einen Erfolg der Sozialdemokratie zu buchen. Jedenfalls sprechen sie es aus, daß die Anbahnung des Friedens „nicht ohne die Inanspruchnahme der Internationale“ zustande kommen dürfte.

Diese Hoffnungen auf die Friedensliebe und Friedensbereitschaft der Sozialisten in den feindlichen Ländern hat sich inzwischen als eitel Dunst und Trugschluß erwiesen. Die Reden, Kundgebungen und Beschlüsse der Sozialisten im feindlichen Lager zeigen mit aller Deutlichkeit, wach großen Trugschlüssen sich die „Friedensförderer“ in der deutschen Sozialdemokratie hingegeben haben, und, — vielleicht noch hinzugeben.

Ehne, Wiederherstellung, Bürgschaft gegen Wiederholung usw. — so lauten die von den feindlichen Staatsmännern aufgestellten Friedensbedingungen. Was unter diesen Schlagworten von den Feinden verstanden

wird, zeigt die Presse des feindlichen Auslandes anlässlich der Ablehnung des Friedensangebotes mit nicht mißzuverstehender Klarheit. Aus den zahlreichen Auslassungen, die wir in unserer Tagespresse registrieren, greifen wir zur Beleuchtung der Sachlage nur eine heraus. Es schreibt der „Globe“:

Um eine Garantie gegen Deutschlands Angriffs-lust zu haben, müssen wir vor allen Dingen sein Gebiet bescheiden, und zwar muß Elsaß-Lothringen an Frankreich, die angrenzenden Gebiete an Belgien, ein Teil von Ostpreußen an Rußland zur Gründung eines polnischen Reichs, die Bukowina an Rumänien, Sizilien an Italien, Bosnien und Herzegowina an Serbien, und Galizien östlich der Karpaten an Rußland fallen. Wenn dann die europäische Türkei noch zu Rußland kommt, dann sind die Mittelmächte genügend geschwächt und wir entsprechend gestärkt. Ferner müssen Kriegskontributionen gezahlt werden, und zwar teils in bar, teils in Gegenständen, wie z. B. Schiffen und Maschinen.

Und nun vergleiche man die Auslassungen und die Stellungnahme der feindlichen Sozialisten zum Friedensangebot und urteile, ob und inwieweit in diesen ein Unterschied zu ermitteln ist? Die französischen Sozialisten haben auf dem in der Weihnachtswoche 1916 in Paris stattgefundenen Parteitag ihre Stellung zum Friedensangebot, zum Kriegsziele und zu ihrer Regierung und den Regierungen der Alliierten in einer ausführlichen Entscheidung erneut festgelegt. In dieser heißt es u. a.:

Die sozialistische Partei (französische Sektion der Arbeiterinternationale) erinnert aufs neue an die sozialistische Friedensauffassung, wie sie auf der Konferenz der alliierten Sozialisten in London am 14. Februar 1916 auseinandergesetzt wurde:

Die Sozialisten Englands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und Rußlands verfolgen nicht die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands. Sie führen keinen Krieg gegen die Völker, sondern gegen die Regierungen, die sie bedrücken. Sie wünschen, daß die polnische Frage in Uebereinstimmung mit dem Willen des polnischen Volkes gelöst wird, entweder im Sinne einer Autonomie innerhalb eines anderen Staates oder im Sinne der vollständigen Unabhängigkeit. Sie wünschen, daß in ganz Europa, von Elsaß-Lothringen bis zu den Balkanländern, die durch Gewalt annehnten Völker das Selbstbestimmungsrecht wieder erlangen.

Amphibolisch dieser Grundzüge, die als die unumgänglichen Ausgangspunkte aller Friedensverhandlungen niedergelegt worden sind, erklärt die sozialistische Partei, daß die Rote der Mittelmächte keinen wirklichen Friedensvorschlag bildet. Sie enthält keine genauen Formeln für einen Frieden mit der Gesamtheit der Verbündeten (paix non séparée), — Formeln, die gestatten würden, den Grad der Wichtigkeit zu ermessen, der der Initiative der feindlichen Regierungen beizulegen wäre.

Wie auch diese Formeln sein mögen, so ist die sozialdemokratische Partei der Ansicht, daß es die Pflicht der Verbündeten ist, ihre kriegerischen Anstrengungen für die nationale Verteidigung kräftig fortzusetzen, die materiellen Kräfte ihrer Nationen zu beleben, die moralischen Kräfte zu stärken, deren Abschwächung den Widerstand und die Aktion des Landes gefährden könnte und schwerste Überraschungen bereiten würde.

Die Verbündeten sollen, was ihre eigenen Friedensbedingungen anbetrifft, eine Einheit der Auffassung zustandebringen, die nicht minder nötig ist, als die Einheit der militärischen Aktion. Sie haben jetzt Gelegenheit, diese Einheit der Auffassung selerisch zu dokumentieren in ihrer Antwort auf die Noten, die ihnen (eben von den beiden Republiken der Vereinigten Staaten und der Schweiz) zugegangen sind.

Die Verbündeten sollen die Pflicht, durch ihre Antwort einen glänzenden Beweis zu geben, daß, nachdem sie im Jahre 1914 die Katastrophe verhüten wollten, indem sie zum Schieds- und Vermittlungsverfahren greifen wollten, das damals zurückgewiesen wurde, sie bereit sind, dem Krieg ein Ende zu bereiten unter der Bedingung, daß die Mittelmächte gerechte Entschädigungen (reparations) gewähren und daß Garantien eines organisierten und dauerhaften Friedens geschaffen werden.

„Die Rote der Mittelmächte bildet keinen wirklichen Friedensvorschlag, es ist Pflicht der Verbündeten, ihre kriegerischen Anstrengungen fortzusetzen, die anreizenden Vorkämpfer, von Elsaß-Lothringen bis zu den Balkanländern sollen ihr Selbstbestimmungsrecht wieder erlangen, die Mittelmächte haben gerechte Entschädigungen und Garantien zu geben.“ Das ist der klare Sinn des Beschlusses.

Weber die Friedensbedingungen eines italienischen Reformsozialisten bringt die in Paris erscheinende

„Internationale Korrespondenz“, die Wiedergabe eines Interviews, das der Herausgeber des „Popolo d'Italia“, Antonio Weissolini, einem Mitarbeiter an der Front gewährte, und das er zu einem Leitartikel in seinem Blatt macht. Hier heißt es:

Die ersten, d. h. alle unumgänglichen Grundbedingungen wären: Wiederherstellung Belgiens, Serbiens, Montenegro, Rumaniens als freie und unabhängige Staaten. Rußisch-Polen, Deutsch- und Oesterreichisch-Polen soll in einem unabhängigen Staat vereinigt werden. Als selbständige Staaten werben ferner erklärt, Böhmen, Ungarn, Albanien (letzteres allerdings unter italienischer Oberhoheit), Deutsch-Oesterreich, das indessen auch Deutschland angegliedert werden könnte, Armenien, Elsaß-Lothringen soll an Frankreich, Transilvanien den Rumänen, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und ein Teil Mazedoniens an Serbien, das Trentino, Triest und Fiume an Italien, Galizien an Rußland gegeben werden. Montenegro kann, wenn es will, zu Groß-Serbien geschlagen werden. Die Türken werden aus Europa verjagt.

Diese hanebüchene Unflut nennt Weissolini einen Sieg des Nationalitätenprinzips.

In England hat Lloyd George, der frühere Sozialist und jetzige Führer der Regierungspartei, in seinem Ministerium der sozialistischen Arbeiterpartei sechs Sitze angewiesen. G. R. Barnes, früher Generalsekretär des Maschinenbauerverbandes, und John Lodge, Generalsekretär des Verbandes der Stahlhämmerer, sind im November 1916 in das Ministerium aufgenommen worden. Lodge — so schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“, (Nr. 3—1917) — ist einer der ärgsten Kriegshetze, der die Deutschen nur als Stinttiere betrachtet. Seine Genossen, Henderson und Barnes, haben nun bezüglich ihrer Auffassungen vom Kriege und die Art des zu schließenden Friedens, wie sie ihn wünschen, geäußert. Aus dem Inhalt dieser Reden zitieren wir nach der bereits genannten Nummer 3 des Organs des deutschen Metallarbeiterverbandes. Henderson sagte:

Die deutsche Militärmacht muß entweder von einer Regierung, die auf moralische Grundzüge angemessen Rücksicht nimmt, wirksam kontrolliert werden, oder ihre Macht muß so geschwächt werden, daß sie ausbleibt, gefährlich zu sein. Der preussische Militarismus, wurde im Bestreben auf die Weltbeherrschung organisiert, die durch ungesetzliche Anwendung einer einseitigen Militärmacht erreicht werden sollte. Wenn Sie annehmen, wir können einen Frieden auf der Grundlage des status quo ante bellum haben, so vergessen Sie, daß Deutschland, während es ihm möglich ist, seine Feinde zu besiegen, seine Verbündeten überwinden hat. Deutschland hat Oesterreich, die Türkei und Bulgarien gänzlich seinem Willen unterworfen, und Mitteleuropa ist eine politische Tatsache geworden. Was das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Verbündeten anlangt, so ist es unmöglich, zum status quo zurückzuführen, und das allein würde es unmöglich machen, in dem Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Feinden den status quo ante bellum anzunehmen. Wir können nicht eine so harte und in so harter Stellung stehende Militärmacht ertragen, wie sie durch Deutschland, Oesterreich, die Türkei und Bulgarien unter Deutschlands Aufsicht wirksam verbunden dargestellt werden würde.

Der Minister für Pensionen, Barnes, sagte in einer Rede in Southwark:

Alle wünschen den Frieden, aber der beste Weg, den Frieden zu erlangen, ist der, den Frieden auf dem Gemätern zu verbannen, bis die Ziele erreicht sind, die geeignet sind, ihn zu sichern. Der deutsche Friedensvorschlag war kein wirklicher Friedensvorschlag. Deutschland sprach immer noch im Tone eines Eroberers und in der Sprache eines Mörderers. Wir können über unsere Friedensbedingungen keine Bedingungen mit einem wilden Tiere eingehen. Wilson darf versichert sein, daß wir nicht Krieg führen, um Deutschland zu zerstören, sondern nur, um die militärische Macht zu zerstören, den militärischen Übermut nicht nur in Deutschland, sondern überall, und daß, bevor wir in Verhandlungen eintreten, Deutschland Belgien und die von ihm besetzten Gebiete der anderen kleinen Völker geräumt haben muß. Es muß einwilligen, für das ihnen angetane Unrecht, Wiedergutmachung zu gewähren und einen Friedensvertrag zu unterschreiben, der sich auf die internationale moralische Stärke der ganzen Welt stützt.

Bernichtung des „preussischen Militarismus“, Räumung der besetzten Gebiete, Wiedergutmachung des „Unrechtes“, das sind die Kriegsziele der englischen Sozialisten.

Wir fragen nach Alledem: Welchen diese störrischen Forderungen und Gebreden auch nur in etwa von dem ab, was die Regierungen und das Bürgertum der feindlichen Länder als Kriegsziele proklamieren, mit nichts. Sie führen im Gegenteil die

Ihrer Länder in kräftigster Weise in ihren Annerkennung...

Was wir ablehnen und bekämpfen, das ist — am mit Dr. Densch zu reden — die verschwommenen...

Woher soll diese Internationale, die beim Ausbruch des Krieges...

Die sozialistische Internationale kommt als Friedensfaktor nicht in Betracht...

Gold gab ich für Eisen.

In diesem Zeichen bringt das deutsche Volk seine Goldschalen dem Vaterlande und nimmt dafür als Ersatz...

Doch das Vaterland bedarf weiterer gewaltiger Anstrengungen, um auch fernerhin einer Welt von Feinden zu widerstehen...

Kann nicht an uns deutsche Arbeiter die Frage heran: Sollen wir das Eisen, das wir für Gold erhielten...

Hohelohant, im Bergwerk oder in Feld und Garten, im Kontor oder hinter'm Ladentisch unsere Pflicht erfüllen...

Wenn wir diese Gedanken in die Tat umsetzen, dann mögen unsere Feinde von Ost und West, von Süd oder Nord kommen...

Arbeiterinnen der Metallindustrie.

Von all den Fragen, vor die der Krieg die deutsche Arbeiterchaft gestellt hat, nimmt die der Frauenarbeit während des Krieges sowohl, als wie auch nach demselben das Interesse und die Aufmerksamkeit der Arbeiterchaft in hohem Maße in Anspruch...

Der Krieg hat diese Entwicklung in sprunghafter Weise gefördert und in bestimmten Erwerbszweigen geradezu Umwälzungen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes gebracht...

Die Metallindustrie, der Mittelpunkt der Heereslieferungsindustrie, hat unstrittig den stärksten Zuwachs an weiblichen Arbeitskräften zu verzeichnen...

Die Kriegseinstellungen der deutschen Industriearbeiterinnen sind wiederholt während des Krieges von hoher autoritativer Seite anerkannt und gewürdigt worden...

Die gewerbliche Frauennarbeit birgt Gefahren in sich für die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterchaft, für die Gesundheit und Stützlichkeit der gewerblich tätigen Arbeiterinnen...

Diese Gefahren liegen zunächst auf dem Gebiete der Lohngestaltung. Die Frauennarbeit war zu aller Zeit in hohem Maße geeignet, lohndrückend zu wirken...

Der Grundsatz „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ hat — so berechtigt er an sich ist — in unserem Erwerbsleben niemals und namentlich nicht in der Bezahlung der Frauennarbeit gegolten...

In freiwilliger Weise bekennt die deutsche „Arbeitsgeberzeitung“ in Nr. 40 vom Jahre 1915 ihren Standpunkt zur Bezahlung der Frauennarbeit...

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zuzutrauen, daß er aus Gründen, die immerhin theoretischer Natur sind, seine Produktion vermindert...“

Es ist eine nicht zu leugnende Ungerechtfertigkeit, wenn in der Lohnfrage für Arbeiterinnen und besonders bei der Festsetzung der Stücklöhne und Alfordpreise nicht nach dem Grundsatz verfahren wird...

Größte Aufmerksamkeit fordert sodann die Sicherung von Gesundheit und Leben der Arbeiterinnen. Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung, die die Frauen zur Schutze von Leben...

und Gesundheit der Arbeiterinnen bis herab, sind bekanntlich während des Krieges aufgehoben worden. Der Ausnützung und Anspannung der weiblichen Kräfte sind keine gesetzlichen Schranken mehr gezogen...

Wären diese Erscheinungen auch als harte Kriegsnotwendigkeiten mit in den Kauf genommen werden müssen, es gilt, ihre Beseitigung anzustreben für den Augenblick, in dem dies eben nur möglich ist...

Der Schwache hat ein Recht auf den Schutz des Starken, die männliche Arbeiterchaft hat die Pflicht, den Arbeiterinnen zur Seite zu stehen. Die Kolleginnen selbst aber sollten sich gegenfeitig schützen und fügen und vor allem mit ihren männlichen Arbeitern gemeinsam in der Organisation tätig sein...

Allgemeine Rundschau

Unsere Volksernährung.

Der Bericht des Kriegsernährungsamtes hat am 19. und 20. Januar im Sitzungssaale des Herrenhauses zu Berlin gelagt. Herr v. Batocki betonte bei einem Rückblick über die Gesamtlage unserer Volksernährung...

Die Speckration nach schon jetzt eingeleitet werden, damit bis zum Schluss des Wirtschaftsjahres auch für den ungünstigsten Fall genügende Mittel zur Verfügung stehen...

Die Ernährung des Kriegsvolkes ist als ein Fortschritt auch für die Volksernährung zu betrachten, da es dadurch gelingen wird, alle von der Militärverwaltung abhängigen Faktoren zur Betriebsaufrechterhaltung zusammenzufassen...

Ein Bericht des Leiters der Reichsratsfraktion über den Stand der Kartoffelversorgung betont, daß es nicht gelungen ist, einen genügenden Wintervorrat in den Städten zu schaffen...

Zur Fleischbewirtschaftung gab der Leiter der Reichsratsfraktion einen Überblick über die Abnahme des Fleischverbrauches durch die Umstände in der ersten Kriegszeit. Die Folge der Sparmaßnahmen ist in unserer Wirtschaft sichtbar...

Über die Versorgung mit Fisch wurde vom Reichsernährungsamt berichtet, an der ganzen...

Rüße seien etwa 20 Gesellschaften gebildet, welche den Fang und die Einfuhr ziemlich reiflos erlassen. Verschiedene Maßnahmen seien getroffen, um die Preisbildung zu regulieren. Die Herstellung der Fischkonserven werde jetzt so geregelt, daß die Fabriken nicht mehr auf eigene Rechnung arbeiten, sondern nur im Lohn für die erwähnten Gesellschaften beschäftigt werden. Die Belieferung des Binnenlandes erfolgt in der Weise, daß bestimmte Abgabegüter den verschiedenen Gesellschaften zur Belieferung zugewiesen seien.

Mit Bezug auf die Bewirtschaftung von Milch und Fett gab der Leiter der Reichsstelle für Speisefette an: Seit dem Verbot der Verfütterung und der Verbrennung der Karoffeln und nachdem auch die Kollidien im wesentlichen der Befütterung entzogen sind, besteht das Futter in der Hauptsache aus Heu und Stroh. Dieses Futter allein genügt nicht, um Milch zu erzeugen. Leider ist eine Steigerung des Milchvertrages im Winter nicht zu erwarten. Es ist versucht worden, einen Schlüssel aufzustellen, um das Futter nach Maßgabe der Milchlieferung zu verteilen. Die Futtermengen sind aber so gering, daß die Erwartungen nicht erfüllt werden. Grundständig auch durchgeführt werden, daß dort, wo Molereien vorhanden sind, die Milch in diese geliefert wird. Eine Zurückhaltung der Milch für Zwecke der Aufzucht muß verhindert werden.

Zur Frage des Brotgetreides wurde vom Kriegsernährungsamt erklärt, daß infolge der Kartoffelmisere die Futtermittelgewinnung bereits sehr eingeschränkt werden mußte. Zur Brotstreckung sei für die Monate Januar und Februar Versuche in Aussicht genommen, für die andere Monate Brotgetreidebedarf. Auf diese Weise werden wir unter allen Umständen mit unsern Brotgetreidevorräten bis zur nächsten Ernte reichen. Was die Abgabe von Brotgetreide an die Kell- und Kuchenbäckereien betrifft, so handelt es sich dabei um verhältnismäßig geringe Mengen zur Herstellung von Gebäck, das für den allgemeinen Gebrauch nicht einbehalten werden kann. Bei dem Kuchen, der aus den Mehlerückständen der Bäckereien hergestellt wird, ist allerdings eine starke Kontrolle nötig, damit diese Kuchenbäckereien nicht auf Kosten der Brotarteninhaber ausgedehnt werden. Was die Klagen über den Verbrauch von Brotgetreide und Rohmaterial zu Genussmitteln betrifft, so sei festgestellt, daß für die Zivilbevölkerung Branntwein aus Korn oder Kartoffeln seit Beginn des Kriegsjahres überhaupt nicht hergestellt worden sei. Die Ueberweisung von Gerste zur Bierbereitung ist bisher nur nach dem Bedarf der Brauereien und der Schwärzweine. Der Vorschlag, die Weizen zu Weizenmehl zu verarbeiten, konnte nicht ernsthaft verfolgt werden. An Bienen ist für die Weizenmehl nur das obliedige Rohmaterial freigegeben worden, weil die Trauben sich nicht zum Frischgessen eignen und die Weinbauer ohne diese Hilfe schwer gelitten haben würden. Die Obstverarbeitung ist auf das Mindestmaß beschränkt worden.

Der Leiter der Reichsstelle für Nährmittel und Eier gab die Auskunft, daß vom Februar an eine große Menge von Nährmitteln regelmäßig ausgeteilt werden solle. Bei der Verteilung soll Eier für zu beachten, daß im Frieden die Hälfte unseres Bedarfs durch Ausland gedeckt wurde.

Nach der Lieferungsverträge — so hat der Kriegsernährungsamt hervor — habe vielfach das Mißverständnis vorgeherrscht, daß ein vollkommener Systemwechsel eintreten solle, indem die bisher in hohem Maße stehenden Waren in Zukunft durch das System der Lieferungsverträge aufgegeben werden solle. Inzwischen sei festgestellt, daß diese Ansicht nicht bestehe, daß vielmehr nur solche Nahrungsmittel, welche über Natur nach nicht zur öffentlichen Bewirtschaftung geeignet seien, durch Lieferungsverträge schon beim Erzeuger erfasst werden sollen. In erster Linie ist hierbei an Getreide und Obst gedacht. Die Frühlingsernte sollten zwar von der Reichsstellstelle bewirtschaftet werden. Über wozu sei es dringend erwünscht, daß solche Genossenschaften, die es können und wollen, sich in ihrer Nachbarschaft durch Lieferungsverträge, wenigstens für die erste Zeit, wo die Ware besonders verwerthbar ist, einen Teil ihres Frühlingsbedarfes decken und dadurch zum vorzeitigen Anbau früher Frühlingsernte beitragen.

Der Schlußbericht der Kriegsernährungsamt, grundsätzlich nicht beitragen zu können. Ein weiterer Bericht betraf die Schwerarbeiter und im Zusammenhang damit die Hindenburgspende. Grundsätzlich soll sowohl der Spender als auch der Empfänger der Spende die Spende erhalten, wie auch der Empfänger der Spende. Der Erfolg der Spende ist recht erheblich. Hervorzuheben ist, daß aus dem nach dem Krieg so mitgenommenen Österreich die bisher größte Ablieferung erfolgt ist.

Ein Vertreter des Kriegsernährungsamts teilt die Grundsätze mit, nach welchen die Arbeiter verpflegt werden. Die Verpflegung des Begriffs der Schwer- und Schwerarbeiter hat zu gewissen, einseitigen nicht vermeintlichen Härten geführt. Auf einen Ausgleich derselben wird in der nächsten Zeit hingewirkt werden.

In der Ernährung wurde darauf hingewirkt, daß die Bestimmungen über die Verpflegung der Schwerarbeiter den Kommunalverwaltungen den Ueberblick sehr erschweren. Deshalb seien die Munitionsbetriebe auch Selbstversorger und erhielten so eine unerwünschte Ueberversorgung. Im Interesse der künftigen Verwaltung wäre eine strenge Scheidung der Schwer- und Schwerarbeiter und der übrigen Bevölkerung zu wünschen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahre 1917, erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamts, daß die Erfahrungen der Kriegsjahre gezeigt haben, daß die landwirtschaftlich nutzbare Fläche sich jetzt nicht vermehren lasse. Die Bestellung von Baustellen, Erziehung und ähnlichem Weidland hat meist mit einem Mißerfolg geendet. Wenn es uns gelingt, mit den vorhandenen Arbeitskräften und Düngemitteln den gesamten brauchbaren Boden zu bebauen, können wir völlig zufrieden sein. Wir müssen der Landwirtschaft dankbar sein, daß sie bisher alles brauchbare Land nach Möglichkeit bebaut hat. Mit Hilfe des Kriegsamts wird versucht werden, der Landwirtschaft die unbedingt notwendi-

gen Arbeitskräfte, Material, Bugtiere zur Verfügung zu stellen.

### Die Hindenburgspende für die Rüstungsarbeiter

Auf die telegraphische Meldung von dem bisherigen Ergebnis der Hindenburgspende, welche Dr. Graf von Schwerin-Löwitz als Vorsitzender der Verwaltungsstelle der Spende auch dem Generalfeldmarschall von Hindenburg erstattet hatte, ist folgendes Antworttelegramm eingegangen:

Euerer Excellenz danke ich herzlich für die mich hocherfreuende Mitteilung von dem bisherigen reichen Ergebnis der freiwilligen Spende deutscher Landwirte zugunsten der Schwerarbeiter in der Rüstungsindustrie. Feldmarschall von Hindenburg.

Es wird uns hierzu geschrieben:

Das bisherige Ergebnis der Hindenburgspende muß als ein hocherfreuliches bezeichnet werden, zumal dabei zu berücksichtigen ist, daß in der jetzigen Jahreszeit noch nicht alle Haushaltungen fruchtig sind. In besonders hervorragendem Maße haben neben selbständigen Staaten die preussischen Provinzen Ostpreußen, Posen, Hannover, die Rheinprovinz, Westfalen und Schlesien-Nassau zu dem bisherigen glänzenden Ergebnis der Sammlungen beigetragen. Naturgemäß hat von den gesammelten Spenden bisher erst ein Teil den Arbeitern der Rüstungsindustrie zugeführt werden können, da die Fleischwaren zum großen Teil noch eingelagert und geräuchert werden müssen und bei den zurzeit herrschenden schwierigen Transportverhältnissen der Versand von den landlichen Sammelstellen nach den Industriebezirken längere Zeit in Anspruch nimmt. Die Rüstungsarbeiter, welche bisher noch nichts von den gespendeten Nahrungsmitteln erhalten haben, werden daher noch einige Geduld üben müssen. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß sie nicht berücksichtigt werden, es ist vielmehr für eine gleichmäßige Verteilung und eine möglichst beschleunigte Lieferung der gespendeten Nahrungsmittel an die Rüstungsarbeiter Sorge getroffen worden.

### Hilfsdienstpflicht und Lehrlingsverhältnisse.

Bei der Rechtsabteilung des Kriegsamts ist eine Anfrage von Seiten eines Berufsverbandes eingegangen: ob Lehrlinge, die einen Lehrvertrag eingegangen sind und infolgedessen vertraglich gebunden sind, vom Hilfsdienstgesetz berührt werden oder nicht. In Betracht kommen nur Lehrverträge mit Arbeitgebern, die der Gewerbeordnung unterstehen. Es entscheiden somit die allgemeinen Bestimmungen. Hiernach kann das Lehrverhältnis während der sogenannten Probezeit, gewöhnlich vier Wochen, durch einseitigen Rücktritt gelöst werden. Dieser Rücktritt ist vollkommen frei. Es steht beiden Teilen, dem Lehrling wie dem Lehrling, zu. Nach Ablauf der Probezeit dagegen kann das Lehrverhältnis nur aus einem der besonderen Gründe aufgelöst werden, die in § 127b der Gewerbeordnung von Absatz 2 an angegeben sind. Das allgemeine Rücktrittsrecht aus gewöhnlichem Grunde nach Bürgerlichem Gesetzbuch § 626 gilt für Lehrverhältnisse, die der Gewerbeordnung offenbar ausdrücklich abgelehrt worden hat, nicht. In den besonderen Gründen des § 127b steht nun aber der Fall, daß der Lehrling zur Fortsetzung der Arbeit unfähig ist (wird)". Dieser Grund schließt bei der Hilfsdienstpflicht — unter den weiter anzugebenden Beschränkungen — prinzipiell ein, wobei aber, wie dies auch bei der Entscheidung über den Rücktritt von Dienstverträgen überhaupt gesagt wurde — vorausgesetzt wird, daß der Beruf oder Betrieb des Lehrherrn nicht schon selbst als vaterländischer Hilfsdienst im Sinne von § 2 des Hilfsdienstgesetzes gilt. Dann besteht in der Regel kein Grund, das Lehrverhältnis aufzulösen; der Lehrling erfüllt dann eben seine vaterländische Hilfsdienstpflicht bei seinem alten Lehrherrn. Das Hilfsdienstgesetz darf nicht etwa dazu benutzt werden, um bloß den Meister zu wechseln.

Somit aber wird der Lehrling durch seine Beziehung zum vaterländischen Hilfsdienst zweifellos unfähig zur Fortsetzung der Arbeit und dies gibt jedem der beiden Teile, dem Lehrling und dem Lehrherrn, einen Grund zur Auflösung des Vertrages. Die Hilfsdienstpflicht muß auch in dieser Beziehung der Beschränkung gleichgesetzt werden. Daß die Hilfsdienstpflicht angeht ihrer zunächst unüberleblichen Dauer einen Grund abgibt, der die Arbeit des Lehrlings nicht etwa nur für vorübergehende Zeit hindert, wurde an dieser Stelle schon für den Dienstvertrag im allgemeinen — der Lehrvertrag ist eine Unterart des Dienstvertrages — ausgeführt.

Aber ebenso wie für den Dienstvertrag im allgemeinen, muß auch für den Lehrvertrag geistigt werden: erst wenn der Lehrling wirklich herangezogen wird, kann der Lehrvertrag aufgelöst werden. Die Heranziehung geschieht bekanntlich nach § 7 Abs. 2 dadurch, daß der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch einen Ausnahm eine besondere schriftliche Aufforderung erhält, worauf er binnen 14 Tagen selbst Hilfsdienstpflichtige Arbeit aufsuchen oder — nach Ablauf dieser Frist — die Ueberweisung an einen Hilfsdienstbetrieb zu gewärtigen hat. Eine solche Heranziehung, die vielleicht auch durch eine an alle Angehörigen eines bestimmten Berufsstandes gerichtete öffentliche, also jeden einzelnen betreffende Aufforderung ersetzt werden könnte, die weitere Entscheidung muß abgewartet werden — ergangen ist, besteht kein Grund, Lehrverträge aufzulösen. Insbesondere genügt dazu nicht schon der Ruf des Gesetzes (oder auch die öffentliche Aufforderung des stellvertretenden Generalkommandos) zur freiwilligen Meldung. Wer sich freiwillig melden will, muß wissen, ob ihm seine Vertragspflichten dies erlauben. Es liegt, wie wiederholt bemerkt wurde, nicht in der Natur des Gesetzes, mit rauber Hand in bestehende Vertragsverhältnisse einzugreifen. Diejenigen, die dem Vaterlande besondere Aufforderung erhalten und dadurch in der Regel das Recht, etwaige Dienstvertragsverpflichtungen zu lösen. Aber selbst für diesen Fall ist beabsichtigt, durch eine Verfahrensvorschrift zu § 7 dafür zu sorgen, daß auch der Dienstberechtigte — im vorliegenden Falle der Lehrherr — bei dem sogenannten Einberufungsauspruch vorstellig werden und gegebenenfalls um eine Vermittlung nachsuchen kann. Es und immerhin hätte denkbar, wo die Veranlassung des

einzelnen wegen seiner Bindung an einen Vertrag unüberwindlichen Schaden stiften könnte.

Kommt es zur Auflösung des Lehrvertrages, weil der zum Hilfsdienst herangezogene Lehrling die Dienststelle verlassen muß, dann ist es freilich ausgeschlossen, daß der Lehrherr von ihm nach § 127f der Gewerbeordnung eine Entschädigung fordert. Denn der Lehrling handelt nicht vertragswidrig im Sinne des hier einschlägigen § 628 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 18. Dezember der achte Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 24. Februar fällig.

Zeitungsvorstand. In der vorletzten und letzten Woche sind eine erhebliche Zahl Beschwerden wegen bedeutender Verspätungen der Zeitungsendungen bei der Hauptverwaltung eingelaufen. Die Schuld daran liegt nur an den erschwerten Transportverhältnissen, die vielfach zu Paketsperrungen führten. Hier werden sämtliche Zeitungsendungen bereits am Dienstag jeder Woche erledigt. Es steht zu erwarten, daß in Kürze die Verkehrsverhältnisse wieder gebessert und damit auch ein pünktlicheres Eintreffen der Zeitung- und Materialsendungen gesichert wird.

Jahrbuch 1917. Das Jahrbuch kann nicht mehr geliefert werden, da es, nach einer Mitteilung des Christlichen Gewerkschaftsverbandes bereits völlig vergriffen ist.

Die Broschüre über das Hilfsdienstgesetz ist vorläufig ebenfalls vergriffen. Sie erscheint aber in Kürze in neuer, erweiterter Auflage, auch die neuen Ausschreibungsbestimmungen über die Arbeiterauswahl enthalten. Die eingelaufenen Bestellungen werden dann erledigt.

### Geldbelegänge im Monat Dezember.

Ort	Mk.	Ort	Mk.
Sollingen	415.08	Menden	800.—
Bielefeld	100.—	Werbshol	800.—
Ingoelstadt	23.09	Omünd	120.—
Klensburg	200.—	Dangig	400.—
Antonienhütte	15.—	Schaffers	20.—
Cöln	1700.—	Osnabrück	180.—
Dinklage	80.—	Essen	1000.—
Bremen	119.—	Lebach	19.85
Belsenktröhen	300.—	Belsenktröhen	27.50
Kiel	150.—	Schoppstah	22.05
Dipe	200.—	Essen	200.—
Hamburg	150.—	Sollingen	500.—
Oker	200.—		

### Geldbelegänge im Monat Januar.

Ort	Mk.	Ort	Mk.
Werbshol	700.—	Oberrungen	67.82
Bielefeld	150.—	Jagen	1500.—
Laufen	7.80	Kochem	78.20
Crefeld	200.—	Samml. I. B.	2000.—
M. Stadbach	200.—	Worms	44.85
Salzwe	14.75	Reichenheim	57.77
Wegeln	72.38	Bielefeld	100.—
Erfurt	31.25	Bocholt	60.20
Straubing	48.50	Belsenktröhen	418.50
Meißen	10.78	Matz	121.70
Roth b. Nürnberg	84.12	Freising	74.85
Antonienhütte	18.80	Olberg	519.20
Berlin	200.—	Osnabrück	156.75
Erzfeld	250.—	Oggersheim	88.23
Danzig	250.—	Bielefeld	100.—
Braunshaven	55.58	Lebach	182.85
Stenburg	6.03	Wegeln	122.40
Mittling	91.80	Dipe	471.11
Cöln	3100.—	Kochem	54.28
Dortmund	2300.—	Worms	177.78
Uffersheim	284.08	Reichenheim	400.—
Sorfeld	21.12	Zusterbach	10.88
Unterhohen	93.75	Worms	5.—
Heilbrunn	31.34	Osnabrück	271.25
Markt-Neuburg	22.33	Waldheim-Oberh.	450.78
Entlingen	110.22	Walden	177.88
Halle	15.67	Werra	52.—
Marodeha	600.—	Worms	207.28
Kamfen	31.45	Wegeln	88.28
Laufen	115.25	Worms	271.25
Menden	1000.—	Wegeln	156.28
Hensburg	143.70	Dinklage	88.61
Sollingen	1100.—	Werbshol	608.14
Wuppertal	87.96	Düsseldorf	5128.64
Osnabrück	250.—	Werra	201.78
Worms	120.—	Wegeln	5.—
Münster	51.48	Dortmund	821.28
Bromberg	28.22	Wegeln	133.20
Sippstadt	504.53	Wegeln	178.20
Regensburg	151.14	Schramberg	8.48
Bremen	67.90	Hamburg	232.28
Danzig	308.22	Wegeln	271.25
Essen	118.92	Werra	100.70
Reichardt	34.05	Osnabrück	115.40
Frankenthal	141.77	Wegeln	193.20
Werra	44.80	Wegeln	680.28
Stuttin	145.48	Bielefeld	8.80
Schiffers	67.55	Werra	271.25
Kiel	171.10	Erberg	151.28
Saale	77.50	Stuttgart	361.57
Jena	23.90	Wegeln	79.28
München	637.85	Werra	81.28
Osnabrück	300.—	Werra	190.21
Bielefeld	100.—	Niedersachsen	32.82
Düsseldorf	18.04		

### Aus dem Verbandsgebiet

Nach der Besetzung. Beschleunigt können wir in den letzten Monaten über erfolgreiche Arbeit unserer Kollegen in der Westpfalz berichten. Neben den vielen Erfolgen, die für die Kollegen in den einzelnen Betrieben, was Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen anbelangt, ist auch ein großer Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Seit dem 1. Oktober 1916 haben sich

Bahistellen ihre Mitgliederzahl verdoppelt. Das konnte aber nur erreicht werden, weil die Kollegen mitgearbeitet haben. Einzelne Kollegen, so in Hohlbad, Bergbach, St. Ingbert und Zwickbräden haben 10, 50 bis 100 neue Mitglieder gewonnen. Die besten Erfolge hatten jene Kollegen aufzuweisen, die an der Arbeitsstätte an die Unorganisierten herangetreten sind. Wenn auch in einigen Betrieben die Kollegen vorwiegend organisiert sind, so sind doch noch größere Werke in St. Ingbert und Zwickbräden vorhanden, in denen noch hunderte von Arbeitern und Arbeiterinnen der Organisation fern stehen. Sie auch zu gewinnen muß die Aufgabe aller Verbandsmitglieder sein. Jedes einzelne Mitglied muß mitarbeiten. Jeder an seiner Stelle, auf der Arbeitsstätte und in Familienkreisen, außerhalb der Arbeit. Je größer die Zahl der organisierten Kollegen in den einzelnen Betrieben ist, je leichter gestaltet sich auch die wirtschaftliche Interessenvertretung unter dem vaterländischen Hilfsdienstgesetz.

Bei der Werbearbeit dürfen auch die Arbeiterinnen nicht vergessen werden. In Hohlbad haben die Kollegen eine größere Anzahl Kolleginnen für den Verband gewonnen. Eine Kollegin wurde in den Bahistellenvorstand gewählt. Auch die Arbeiterinnen bedürfen einer wirksamen Interessenvertretung, denn ihre Löhne entsprechen bei weitem nicht ihrer Arbeitsleistung und den Lebensverhältnissen.

In den nächsten Tagen finden die Wahlen der Arbeitsausschüsse statt, die Einrichtung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes werden. Tüchtige, befähigte und charakterfeste Kollegen, müssen in diese Ausschüsse gewählt werden, falls diese Ausschüsse praktisch überhaupt einen Wert haben sollen. Es ist jetzt die Aufgabe der Kollegen, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß die ganze Belegschaft hinter den gemeinsamen Vorschlagslisten der Gewerkschaften stehen. Aber auch nach den Wahlen muß eine enge und geschlossene Belegschaft hinter dem Arbeiterausschusse stehen, damit der Ausschuss erfolgreich arbeiten kann und die notwendige Rückenbedeckung hat. Also enge und geschlossenes Zusammenarbeiten ist auch für die Zukunft unbedingt notwendig, wenn weitere Erfolge erzielt werden sollen.

**Merlohn.** Das 30 Monate Krieg nicht vermochten, erreichte ein Anschlag der Firma Linden & Funke. Durch ihn kam den Arbeitern zum Bewußtsein, daß sie keine Sklaven sind, die von den Morgens früh bis spät in die Nacht hinein für wenig Geld arbeiten. Der Anschlag, der Anfang Januar im Fabrikgebäude angeheftet wurde, lautete: „Der Arbeiterausschuss entspricht dem Hilfsdienstgesetz, das heißt mit andern Worten, wir bitten unsere Arbeiter von einer Reuewahl des Arbeiterausschusses abzusehen.“ — Dieser Anschlag wurde in der Arbeiterschaft mit allgemeiner Entrüstung aufgenommen. Bestand doch der Ausschuss fast nur aus Meistern. Wie kann ein solcher Ausschuss die Interessen der Arbeiter vertreten? Nein und abermals nein, ein solcher Ausschuss oder auch keiner! —


Das war die allgemeine Stimmung der Arbeiter, als die Leiter der drei Verbände: Christlicher Metallarbeiter-Verband, Deutscher Metallarbeiter-Verband und Gewerkschaften Hirsch-Dunler eine Betriebsversammlung für Freitag, den 12. Januar, anberaumten. Ein großer Teil der Arbeiter war hingeeilt, um sich den Vortrag über das neue Gesetz anzuhören. Den Vorsitz hatte unser Kollege Steinacker übernommen. Als erster Redner sprach Kollege Galowski vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eingehend über den Hilfsdienst, die Ausführlingsbestimmungen zum Gesetz und über die Ausschüsse in der Betriebsstelle und in den Bezirken.

Kollege Steinacker kam auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Linden & Funke zu sprechen. Bisher habe ich doch noch Zustände, wie sie auf eine Fabrik, auf der 600 Arbeiter beschäftigt sind, nicht vorkommen sollen. Solche Zustände wären selbst nicht herrschen, wäre die Arbeiterschaft restlos organisiert. Dieses war leider nicht der Fall. Die Arbeiter haben den Schaden selbst tragen müssen. Alfordlohnrechnungen wurden während der Kriegszeit nicht vorgenommen, leider konnte noch ein Abzug festgestellt werden. Die Löhne wurden etwas aufgebessert, jedoch stehen diese zu der jetzt bestehenden Löhnerung in absolut keinem Verhältnis. Sie betragen pro Tag 4-5 Mark. Außerdem erhalten die Tagelöhner für Sonntagsarbeit eine 50prozentige Lohnzulage. Diese Zulage wurde den Alfordarbeitern nicht zugestanden mit der Begründung, daß sie so genug verdienen. Eine Löhnerungszulage wurde den Arbeitern erst in der ersten Hälfte des Jahres 1916 gewährt, und zwar für verheiratete Arbeiter jedes viertel Jahr 25 Mark und für jedes Kind unter 14 Jahre 10 Mark. Für jugendliche Arbeiter jedes viertel Jahr 10 Mark. Seit Beginn des Krieges geben die Arbeiter von ihrem Lohn 2 Prozent zu Unterhaltungen an die Kriegserwachen. Mit ständigen Worten wies Redner darauf hin, wie wichtig es sei, sich gerade jetzt zu organisieren, gerade jetzt, wo ein jeder Arbeiter unter dem Hilfsdienstgesetz steht und den Verband nicht entbehren kann. Mit einem Appell an alle unorganisierten Arbeiter, sich einem Verbände anzuschließen, schloß der Kollege seinen Vortrag. Dieser Aufforderung kamen auch die Unorganisierten zum größten Teil nach. Die Betriebsversammlung besaß sich sodann mit der Wahl eines neuen Arbeiterausschusses nach dem Hilfsdienstgesetz. Da die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse noch nicht bekannt gegeben sind, konnte die Wahl noch nicht stattfinden. Auf Anregung unseres Kollegen Heintz und wurde zunächst eine Kommission gewählt, die den Betriebsleitern die Wahl eines neuen Ausschusses zu unterbreiten hat. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen und sofort in die Tat umgesetzt.

Kollegen von Merlohn! Jetzt liegt es an uns, diese günstige Gelegenheit auszunutzen. Einigkeit macht Kraft. Bringen wir den unorganisierten Arbeitern zum Bewußtsein, daß es auch im Kriege mit der Interessenvertretung der Arbeiter ohne Gewerkschaft nicht ausreicht. Darum frisch ans Werk! Je mehr kämpfer, desto größer der Sieg!

**Hohlbad im Schwarzbad.** Unsere diesjährige Generalversammlung, welche zu mich gut besucht war, fand

am Sonntag, den 21. Januar statt. Der Vorsitzende Kollege Sorg eröffnete dieselbe mit einer Ansprache. Der Schriftführer gab sodann den Tätigkeitsbericht bekannt, woraus der Kassierer den Kassenbericht, worauf Bestreem Entlastung erteilt wurde. Beschlossen wurde unter anderem in nächster Zeit eine Hausagitation zu veranstalten. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten wir einige neue Mitglieder aufnehmen, besonders unter den jugendlichen Arbeitern. Diese Erfolge haben wir vor allen Dingen unserem eifrigen Vorsitzenden Kollegen Sorg zu verdanken. Bei der Tätigkeit eines einzelnen Kollegen dürfen die Mitglieder es nicht bemerken lassen. Ein jedes Mitglied soll in die Agitation miteintreten und bestrebt sein, dem Verbände neue Mitglieder zuzuführen. Für die Agitation steht uns auch hier ein reiches Arbeitsfeld zur Verfügung. Noch viele unorganisierte Arbeiter sehen unsern Christlichen Metallarbeiterverbände fern. Gerade in dieser schweren Kriegszeit, in der der teure Lebensunterhalt mit den Lohnverhältnissen nicht mehr im Einklang steht, haben die Arbeiter am hiesigen Plage allen Grund sich jetzt dem Verbände anzuschließen. Nur durch eine geschlossene Arbeiterschaft kann unsere Lage verbessert, und jetzt und nach dem Kriege für eine menschenwürdige Existenz gesorgt werden. Wie unsere braven Soldaten an den Fronten den Feinden standhalten, so müssen auch wir Metallarbeiter dem Verbände unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen. „Einer für alle und alle für Einen.“



## Den Heldentod

im Kampfe für das Vaterland starben

folgende Kollegen:

Wilh. Hellenbrand, Aachen

Jos. Riehlinger, Amberg

Heinr. Böttgen, Köln

Peter Habets, Köln-Mülheim

Jakob Kramer, Köln-Mülheim

Jakob Tillmann, Düsseldorf

Arn. Zimmermann, Düsseldorf

Heinr. Lamberg, Duisburg

Joh. Pionkowski, Duisburg

Jos. Hermesweiler, Dortmund

Theob. Wagner, Essen

Josef Frensch, Essen

Joh. Dörsemann, Gladbeck

Heinrich Bahle, Jöllenbeck

Friedr. Schulte, Menden

Johann Rißler, München

Paul Sander, Metzen

Theob. Pichmann, Neheim

Franz Meier, Olsberg

Robert Ahrens, Oker

Aua. Wiemer, Osabrück

Rudolf Ring, Schramberg

Nikolaus Kals, Witzleben

+

Das Andenken dieser Kollegen wird im christl. Metallarbeiterverband stets in Ehren gehalten.

+

Sie mögen ruhen in Frieden.

**Geisweid.** Einen Erfolg im hiesigen Rot erzielte die inzwischen in großer Zahl der gewerkschaftlichen Organisation zugeführte Arbeiterschaft der Geisweider Eisenwerke. Lange hat es gedauert, bis die Belegschaft vom Schlafe erwachte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sahen auch demnach aus. Geradezu ungläublich niedrige Löhne wurden in den Betriebsversammlungen ermittelt. Dazu Prämienystem, Schmier- oder Beschäftigungsgeldzahlungen, die jeder Beschäftigung hatten und worüber kein Reiz weder aus noch ein war.

Daß bei solchen Zuständen die Firma recht im Trüben stehen konnte, das haben die Kriegsalarme des Wertes treffend gezeigt. Nachdem die Arbeiter einzelner Abteilungen auf eigene Faust versucht hatten, mehr zu verdienen, diese Bemühungen aber völlig ergebnislos verließen, fanden dieselben notgedrungen den Weg zur Organisation. Den erneut aufgestellten Forderungen der Arbeiterschaft konnte nunmehr wirksamer Nachdruck gegeben werden. Der Erfolg blieb diesmal nicht aus! Von Reizjahr ab wurde eine allgemeine 10prozentige Löhnerhöhung eingeführt. Ueber unbeschäftigt gebliebene Einzelheiten der aufgestellten Forderungen der verschiedensten Abteilungen wird noch das Nähere durch den weiteren Ausbau und durch die größere Bekanntheit der gewerkschaftlichen Organisation zu veranlassen sein. Den Wert der Organisation wird nunmehr jeder

Vernunftgedenkende eingesehen haben. Es gilt nunmehr den beschrittenen Weg weiter einzuhalten und auszubauen! Darum: frisch auf Kollegen und Kolleginnen von Geisweid und Umgebend; arbeitet unermüdblich weiter an der Festigung unsern christlichen Metallarbeiterverbandes!

### Literarisches

#### Die Schule des Werkzeugmachers.

Mit besonderer Berücksichtigung der Hartetechnik und der Schnellarbeitsfähle. Von Ingenieur Fritz Schön. Fünfte Auflage. (Bibliothek der gesamten Technik, Band 235). Mit 58 Abbildungen im Texte. Preis gebunden 3,80 Mark. (Leipzig 1916, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung).

Von dem in Fachkreisen bestens bekannten Werke gelangte soeben die 5. Auflage zur Ausgabe. Manches in vorherigen Auflagen Enthaltene ist fortgelassen worden, weil es durch Besseres überholt worden ist, manches Neue in Wort und Bild wurde dafür gegeben, so die Neuerungen in Materialen, in Verfahren, in Anpassungen an Anforderungen aller Art. Aus dem reichen Inhalt hebt wir die nachstehenden Kapitel hervor; das Werk als Grundlage des Fabrikbetriebes, die Nachfrage betreffs guter Werkzeuge und erfahrener Werkzeugmacher, die Herstellung der verschiedenen Stahlartern, der Stahl und die Werkzeuge, die Verwendung der verschiedenen Stahlartern, das Anarbeiten des Stahles, das Härten, vorbeugende Maßregeln und Vorrichtungen, Härteöfen, Temperaturmessungen, Seegerkeßel, Pyrometer, Vlei- bzw. Salzharthärten, Härtebänder, elektrisch gehaltete Härtebäder, Fehler beim Härten, Einjahrhärtung, der Schnelldrehtahl, das Schleifen der Schnellarbeitsfähle, Härtemittel, Maschinenmesser, ein vielseitig erprobtes Härteverfahren. Da gerade jetzt Aufsehenordentliches von der Werkzeugherstellung gefordert wird, wird das Buch als erster Ratgeber willkommen sein. Wir können es bestens empfehlen.

Verfasserwinke für den praktischen Maschinenbau und verwandte Gebiete. Zusammenge stellt für Industrielle, Techniker, Werkmeister, Schlosser, Monteure, Maschinisten und dergl. von Ludwig Hammel, Zivil-Ingenieur in Frankfurt am Main-West. Preis in Weinwand gebunden 3,80 Mark. Das Buch ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Das Buch gibt zunächst dem in der Praxis stehenden Industriellen, Techniker, Werkmeister, Schlosser, Monteur eine Handhabe, wie die verschiedenartig in der Praxis vorkommenden Arbeiten in Ermangelung entsprechender Spezialwerkzeuge oder Maschinen oft mit primitiv hergestellten Hilfsvorrichtungen ausgeführt werden können, um hierdurch schneller, billiger und genauer zu arbeiten. Ferner enthält dasselbe auch Reparaturen, Verbesserungen usw. an Werkzeugen und Maschinen, die für den weniger geschulten Fachmann von Interesse sein können.

Dem Zweck des Buches entsprechend, ist der in 11 Kapiteln behandelte Stoff nach der Art der Metallbearbeitung sowie nach der Gattung der Maschinen geordnet und der Text durch geeignete Skizzen und Abbildungen erläutert. Der durch den Krieg wesentlich fortgeschrittenen Metallbearbeitungstechnik ist ebenfalls weitgehend Rechnung getragen worden.

Das interessant geschriebene kleine Buch enthält wichtige Winke aus der Maschinenpraxis und wird für den Begierigen des Maschinenbaues daher sehr willkommen sein.

### Versammlungs-Kalender

- Donnerstag, den 15. Februar 1917:**
- Duisburg. Generalversammlung der Verwaltungsstelle nachmittags 3 Uhr im „Bunzader“. — Betriebsversammlungen können an diesem Tage nicht stattfinden.
  - M.-Styrum. Abends 7,30 Uhr bei Kisters, Versammlung mit Frauen.
  - Geisweid-Krupbad. Vorm. 11 Uhr bei Dingensdamer, Dessauer Straße.
  - Köln-Kath. Nachm. 5 Uhr bei Hönigsberg, Brauerstr. 14.
  - Haan. Abends 6 Uhr bei Krahwinkel.
  - Essen. Generalversammlung der Ortsverwaltung abends 7 Uhr im Kammermusiksaale des städtischen Saalbauers. Mitgliederbuch legitimiert.
  - Eschen bei Kreuztal. Nachm. 3,30 Uhr bei 886 in Stewendach.

- Donnerstag, den 22. Februar 1917:**
- Mülheim-Eberhausen. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle findet um 3 Uhr in der „Anton“, Betriebsstätte in Eberhausen, statt. An diesem Tage dürfen keine sonstigen Veranstaltungen getroffen werden. Jedes Verbandsmitglied muß an der Generalversammlung teilnehmen.

# Feldpost-Karten und Briefumschläge,

leichtere für den Versand des Verbandsorgan ins Feld empfiehlt

## Echo vom Niederrhein, Duisburg.